



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl (AfD)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Rolle der Bundeswehr in der Schule

Vorbemerkung des Fragestellers:

In der Plenardebatte zum Antrag der AfD-Fraktion „Bundeswehr in der Schule ist gelebte politische Bildung“ (Drs. 19/1416) vom 21. Juni 2019 erklärte Bildungsministerin Karin Prien, dass sie mit der Bundeswehr „die komplexe Wissensvermittlung über Sicherheitspolitik miteinander weiterentwickeln“ und „die Rahmenbedingungen des Einsatzes der Bundeswehr in unseren Schulen positiv weiterentwickeln“ wolle, „um mögliche gefühlte Unsicherheiten aufseiten der Schulen reduzieren zu können.“ (Plenarprotokoll, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 19. WP, 64. Sitzung, S. 4898-4899)

- 1) In welchem Umfang führte die Ministerin Gespräche mit der Bundeswehr zu der Frage, wie man den Einsatz von Jugendoffizieren an unseren Schulen weiterentwickeln kann?

Antwort:

Es wurden sowohl auf Arbeitsebene als auch durch die Ministerin selbst Gespräche mit Jugendoffizieren, den für die Jugendoffiziere in Schleswig-Holstein zuständigen Stellen im Landeskommmando Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Landeskommmando Schleswig-Holstein geführt.

2) Zu welchen Ergebnissen führten die Gespräche mit der Bundeswehr?

Antwort:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird zwischen dem MBWK, dem Bundesministerium der Verteidigung und den o.g. Landeskommandos abgestimmt, wie eine Kooperation der Jugendoffiziere und der Schulen im Land ausgestaltet werden könnte.

3) Welche Rahmenbedingungen wurden weiterentwickelt, um „mögliche gefühlte Unsicherheiten“ der Schulen bzgl. der Besuche von Jugendoffizieren an Schulen in Schleswig-Holstein zu reduzieren bzw. zu beseitigen?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 2.